

ERNST RUDOLF HUBER

**DEUTSCHE
VERFASSUNGSGESCHICHTE**
SEIT 1789

Band I
Reform und Restauration
1789 bis 1830

Nachdruck der zweiten, verbesserten Auflage

VERLAG W. KOHLHAMMER
STUTT GART BERLIN KÖLN MAINZ

INHALTSVERZEICHNIS

A. Das Ende des Reichs

Kapitel I. Die letzte Epodie der Reidisverfassung	3
§ 1. <i>Deutschland und die Nationalstaatsidee im Zeitalter der französischen Revolution.</i>	3
I. Reich und Nationalstaat	3
II. Nationalstaat und Nationaldemokratie	8
III. Nationalität und Humanität	13
§2. <i>Das Reich im Widerstand gegen die Revolution</i>	16
I. Das europäische Legitimitätsprinzip.	16
II. Die Abwehr revolutionärer Rechtsübergriffe	19
1. Das Reich und die Niederlande	19
2. Das Reich und das Elsaß	20
3. Das Reich und die Emigration.	21
III. Intervention und Krieg	22
1. Österreich und das französische Königtum	22
2. Die österreichisch-preußische Interventionsdrohung	23
3. Ultimatum und Kriegserklärung	24
§ 3. <i>Das Reich und die Koalitionskriege.</i>	25
I. Die Erste Koalition.	26
1. Die Anfänge der Koalition.	26
2. Der rheinische Freistaat.	27
3. Der Reichskrieg gegen Frankreich.	28
4. Der Sonderfrieden von Basel.	29
5. Der Frieden von Campo Formio.	31
6. Die Annexion der Rheinlande.	33
7. Der Rastatter Kongreß.	34
8. Die Teilung Polens.	36

Inhaltsverzeichnis

II. Die Zweite Koalition	38
1. Die Fortsetzung des Reichskriegs.	38
2. Der Frieden von Luneville	39
3. Der Friedensvertrag und die Reichsverfassung	40
§ 4. Der Reichsdeputationshauptschluß.	42
I. Der Reichsentschädigungsplan	43
1. Säkularisation und Mediatisierung	43
2. Die Entstehung des Reichsdeputationshauptschlusses	44
II. Die Umwandlung der deutschen Staatsverfassung	46
1. Die territoriale Umgestaltung Deutschlands	46
2. Die wichtigsten Gebietsänderungen	47
3. Das Kurfürstenkolleg	49
4. Der Reichsfürstenrat	50
III. Die Umwandlung der deutschen Kirchenverfassung	51
1. Die Status quo-Garantie des § 63 RDH.	51
2. Die Säkularisation des Kirchenguts in den aufgehobenen geistlichen Reichsfürstentümern	52
3. Die Säkularisation des Kirchenguts der landsässigen Stifter	53
4. Die Staatsleistungen an die Kirchen	55
IV. Die Rechtsproblematik des Reichsdeputationshauptschlusses	56
1. Rechtsgrundlagen der Säkularisation	56
2. Rechtmäßigkeit und Rechtswirksamkeit der Einziehung des Kirchenguts	58
V. Die Dauergeltung des Reichsdeputationshauptschlusses	60
§ 5. Der Untergang des Reichs.	61
I. Das Kaisertum Österreich	62
II. Die Dritte Koalition	64
1. Die neue Krise	64
2. Der Zerfall Deutschlands	65
3. Der Frieden von Preßburg	66
III. Die Reichsauflösung	68
1. Der Abschluß der Rheinbundsakte	68
2. Der Austritt der Rheinbundstaaten aus dem Reich	68
3. Die französische Erklärung zum Reichsaustritt der Rheinbundstaaten	70
4. Die Niederlegung der Kaiserkrone	71
5. Das Erlöschen des Reichs	72
Kapitel II. Der Rheinbund	75
§ 6. Entwicklung und Verfassung des Rheinbunds	75
I. Der Ausbau des napoleonischen Herrschaftssystems in Deutschland	75
1. Die Akzessionsverträge zum Rheinbund	75
2. Die Gebietsveränderungen im Rheinbund	77

Inhaltsverzeichnis

II. Die Rheinbundsakte.	79
1. Das Wesen des Bundesvertrags.	79
2. Die Bundesorgane.	79
3. Der Bundesprotektor.	80
4. Interventionsrecht und Gebietshoheit.	82
5. Die Rezeption des Code civil.	84
III. Der Rheinbund, die Verfassung Europas und die Neuordnung Deutschlands.	85
§ 7. <i>Das Staatssystem der Rheinbundstaaten.</i>	86
I. Der Unitarismus der Rheinbundstaaten.	87
II. Der Schein-Konstitutionalismus der napoleonischen Vasallenstaaten.	88
1. Das Königreich Westfalen.	88
2. Das Großherzogtum Berg.	90
3. Das Großherzogtum Frankfurt.	90
III. Der Spät-Absolutismus in Süddeutschland.	90
IV. Das altständisch-monarchische System in Mittel- und Norddeutschland.	91

B. Die deutschen Länder

Kapitel III. Die preußische Reform	95
§ 8. <i>Krisen und Reformen vor 1806.</i>	95
I. Der nachfriderizianische Absolutismus.	96
1. Die Krise der Staatsidee.	96
2. Der Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft.	97
3. Reformbestrebungen am Vorabend des Zusammenbruchs.	99
II. Einzelstücke der Vorreform.	102
1. Die Anfänge der Regierungs- und Verwaltungsreform.	102
2. Die Rechtsreform.	105
3. Die Kernfrage des Bildungswesens.	107
§9. <i>Der Zusammenbruch Preußens.</i>	110
I. Der Krieg von 1806/07 und der Tilsiter Frieden.	110
1. Ursachen und Verlauf des Krieges.	110
2. Der Frieden von Tilsit.	112
II. Preußen unter der Fremdherrschaft.	114
1. Die Verfassungslage Preußens.	114
2. Räumung und Tribute.	115
3. Der Pariser Vertrag.	117
4. Sturz und Ächtung Steins.	117

Inhaltsverzeichnis

§ 10. Vorkämpfer und Gegner der großen Reform.	118
I. Revolution, Reform und Restauration.	120
II. Die preußische Reformpartei.	121
1. Die Reformidee.	121
2. Stein und Hardenberg.	122
3. Das Beamtentum als Kern der Reformpartei.	125
4. Die Mitglieder der Reformgruppe.	127
III. Die preußische Restaurationspartei.	135
1. Die Idee der Restauration.	135
2. Die altständische Fronde.	136
3. Die Vorkämpfer der Restauration.	138
§ 11. Die preußische Regierungsreform.	145
I. Der Sturz des Kabinettsystems.	145
1. Das Kabinettsystem der nachfriderizianischen Zeit.	145
2. Steins Kampf gegen das Kabinettsystem.	146
3. Die Aufhebung des Kabinetts.	148
4. Die Errichtung der Ministerialregierung.	149
II. Das preußische Staatsministerium.	151
1. Das Ministerium Stein.	151
2. Das Ministerium Dohna-Altenstein.	151
3. Das Ministerium Hardenberg.	152
4. Die Regierungskrise von 1819.	153
5. Das Ministerium Graf Lottum.	155
III. Der preußische Staatsrat.	156
1. Steins Staatsratsplan.	156
2. Der Kampf um den Staatsrat unter Dohna-Altenstein.	157
3. Die Errichtung des Staatsrats durch Hardenberg.	158
IV. Übersicht: Das preußische Staatsministerium 1807—41.	160
§ 12. Die preußische Provinzialreform.	161
I. Die Provinzialverwaltung.	162
1. Die erste Einsetzung der Oberpräsidenten.	162
2. Die endgültige Ordnung der Provinzialverwaltung.	162
3. Die politische Stellung der Provinzen.	164
II. Die Provinzialstände.	165
1. Steins Provinzialstände-Plan.	165
2. Hardenberg und die provinzialständische Verfassung.	166
3. Das altständische System.	167
4. Der Staatsrat und die Provinzialverfassung.	168
5. Hardenberg, Humboldt und die Kronprinzenpartei im Streit um die Provinzialverfassung.	168
6. Das Gesetz über die Provinzialstände.	170

Inhaltsverzeichnis

§ 13. Die preußische Kommunalreform.	172
I. Die städtische Selbstverwaltung.	173
1. Vorarbeiten zur Reform der Städte Verfassung.	173
2. Die Stein'sche Städteordnung.	174
3. Die Revidierte Städteordnung.	176
II. Die Landgemeinde- und Kreisreform.	178
1. Der alte Rechtszustand und die Stein'schen Reformpläne.	178
2. Probleme der Landgemeindereform.	179
3. Probleme der Kreisreform.	180
4. Entwürfe der Landgemeinde- und Kreisordnung.	181
5. Der Abschluß der Kommunalreform.	182
§ 14. Die preußische Agrar- und Gesellschaftsreform.	183
I. Die Bauernbefreiung.	184
1. Die Erbuntertänigkeit.	184
2. Die Anfänge der Bauernbefreiung.	185
3. Das Edikt über die Bauernbefreiung.	186
4. Die Wirkungen des Befreiungs-Edikts.	188
II. Die Freiheit des Güterverkehrs.	191
III. Die Allodifikation des bäuerlichen Eigentums.	193
1. Freies Eigentum am Bauernland.	193
2. Das Regulierungs-Edikt.	194
3. Die Deklaration von 1816.	195
4. Die Gemeinheitsteilung.	197
IV. Die Emanzipation der Juden.	198
1. Die Reform und die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden.	198
2. Das Emanzipations-Edikt.	199
§ 15. Die preußische Gewerbe- und Finanzreform.	200
I. Die Anfänge der Wirtschafts- und Finanzreform.	201
II. Die Einführung der Gewerbefreiheit.	203
1. Die Freiheit der Berufswahl.	203
2. Das Gewerbebesteuere-dikt.	206
3. Das Gewerbepolizeigesetz.	207
4. Die Weiterentwicklung des Gewerberechts.	208
III. Die Finanzverfassung.	208
1. Das Problem der Finanzreform.	208
2. Die Anfänge der Steuerreform.	209
3. Die Steuerreform von 1810—12.	211
4. Die Steuerreform von 1818—22.	212
5. Die Reform des Zollwesens.	215
6. Die Reform des Staatsschuldenwesens.	215

Inhaltsverzeichnis

§ 16. Die preußische Heeresreform.	216
I. Wehrverfassung und Staatsverfassung.	217
1. Die Wechselwirkung von Wehrverfassung und Staats Verfassung	217
2. Wehrverfassung und Staatsverfassung im Übergang vom Obrigkeitsstaat zum Bürgerstaat.	219
II. Die Anfänge der preußischen Militärreformen.	220
1. Die Reformfrage zwischen 1786 und 1806.	220
2. Der Fehlschlag der Reform vor 1806.	221
3. Kantonspflicht und Ausländerwerbung vor 1806	223
III. Die Reform der militärischen Führung nach Jena und Auerstedt	224
1. Heeresreform und Gesamtstaatsreform.	224
2. Die Reorganisation der militärischen Zentralinstanzen	225
a) Der oberste Kriegsherr.	225
b) Das Kriegsministerium.	226
c) Das Militärkabinett	228
d) Der Generalstab.	230
3. Die Reorganisation des Offizierskorps.	231
a) Die Immediat-Untersuchungskommission.	232
b) Die Aufhebung des Adelsprivilegs.	234
c) Die Offiziersausbildung	235
d) Die Offizierswahl.	236
e) Die Offiziersehrengerichte.	238
f) Offizierskorps und Gesellschaft	238
IV. Der Aufbau des Volksheeres.	239
1. Bürgerstand und Soldatenstand	239
2. Die allgemeine Wehrpflicht	242
a) Wehrpflicht und Konskriptionssystem.	242
b) Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1813/14	244
c) Heeresstärke und Wehrdienstbefreiung	245
d) Dienstzeit und Einjährig-Freiwillige	247
e) Verteidigung und Fortentwicklung der allgemeinen Wehrpflicht	248
3. Linie und Landwehr.	249
a) Stehendes Heer und Nationalmiliz	249
b) Stehendes Volksheer und Volksauf gebot.	251
c) Das Krümpersystem.	253
d) Die Landwehr- und die Landsturmordnung von 1813	253
e) Linie und Landwehr nach 1814/15.	255
4. Disziplinarwesen und Militärgerichtsbarkeit	256
a) Die Mannszucht	256
b) Die Kriegsgerichte.	258
§ 17. Die preußische Bildungsreform.	260
I. Bildungsverfassung und Staatsverfassung	261
1. Die Verfassung des Bildungswesens.	261

Inhaltsverzeichnis

a) Geistliche und weltliche Bildungsverfassung	262
b) Die Bildungsverfassung des Absolutismus.	263
2. Bildungsreform und Staatsverfassung	264
3. Bildungsreform und Staatsverwaltung	266
4. Bildungsreform und Lehrkörper.	268
II. Allgemeine Bildung und Nationalerziehung	269
1. Die Rezeption Pestalozzis in Preußen	269
2. Fichtes Idee der Nationalerziehung	271
3. Humboldt und die Grundlagen der Bildungsreform	274
III. Das preußische Kultusministerium	277
1. Die Sektion für Kultus und Unterricht unter Humboldt und Schuckmann	277
2. Das Kultusministerium unter Altenstein.	279
IV. Die preußischen Bildungsanstalten.	280
1. Die Elementarschulen.	280
a) Die allgemeine Schulpflicht	281
b) Die Lehrerbildung	281
c) Bekenntnisschulen und geistliche Schulaufsicht	282
2. Die höheren Schulen.	283
a) Das humanistische Gymnasium	283
b) Das Realgymnasium	284
c) Das wissenschaftliche Lehramt	285
3. Die Universitäten	285
a) Das preußische Universitätswesen um 1806.	285
b) Die Gründung der Universität Berlin und die Humboldt'sche Universitätsidee	286
c) Die Anfänge der Universität Berlin	288
d) Der Aufbau des preußischen Universitätswesens	289
18. Der Kampf um die preußische Nationalrepräsentation.	290
I. Die Idee der Repräsentativverfassung 1807/08.	290
1. Der Plan der preußischen „Reichsstände“.	291
2. Rehligers Verfassungsdenkschriften	292
3. Der Widerstand der Reaktion gegen die „Reichsstände“	293
II. Die preußische Verfassungsfrage 1809—15.	295
1. Die Verfassungsfrage unter Dohna-Altenstein.	295
2. Das Verfassungsversprechen von 1810.	296
3. Die ständische Fronde.	297
4. Die Notabein-Versammlung	299
5. Die interimistische Nationalrepräsentation	300
a) Die Wahl der Generalkommission.	300
b) Die beiden Sessionen der Generalkommission	301
6. Das Verfassungsversprechen von 1815.	302
III. Der Bruch des königlichen Verfassungsversprechens	304
1. Das Problem der „ständischen Repräsentativverfassung“	304

Inhaltsverzeichnis

2. Die Opposition gegen die ständische Repräsentativverfassung	305
3. Hardenbergs „Ideen zu einer landständischen Verfassung in Preußen“.	307
4. Humboldts Denkschrift „Über Preußens ständische Verfassung“	309
5. Das dritte Verfassungsversprechen (1820).	310
6. Das Scheitern Hardenbergs.	311
 Kapitel IV. Der süddeutsche Konstitutionalismus	 314
§ 19. Die Entstehung der süddeutschen Verfassungen.	314
I. Die Anfänge des deutschen Konstitutionalismus.	315
1. Staatsintegration und Repräsentativverfassung.	315
2. Oktroyierte und vereinbarte Verfassungen.	318
II. Das Königreich Bayern	319
1. Die bayerische Verfassungsentwicklung unter Montgelas	319
2. Die bayerische Verfassung von 1818.	321
III. Das Großherzogtum Baden.	323
1. Die badische Verfassungsentwicklung in der Rheinbundszeit	323
2. Die badische Erbfolgefrage.	323
3. Der bayerisch-badische Streit um die Pfalz	324
4. Das badische Hausgesetz und die badische Verfassung	326
5. Der Ausgang des bayerisch-badischen Konflikts	327
IV. Das Königreich Württemberg	329
1. Die württembergische Verfassungsentwicklung in der Rheinbundszeit	329
2. Der Kampf ums „gute alte Recht“.	331
3. Die württembergische Verfassung von 1819.	333
V. Das Großherzogtum Hessen.	335
1. Hessen-Darmstadt bis zum Wiener Kongreß.	335
2. Die Verfassung von 1820.	335
§ 20. Die Institutionen des frühkonstitutionellen Staatsrechts	336
I. Krone und Regierung	336
1. Das Staatsoberhaupt	336
2. Das Staatsministerium	338
3. Ministeramt und Kammermandat	339
II. Volk und Volksvertretung	341
1. Das Zweikammersystem.	341
2. Die Stellung der Kammern und ihrer Mitglieder	343
3. Das Wahlsystem	344
4. Der Wirkungsbereich der Volksvertretung	346
a) Die Gesetzgebung	346
b) Die Verfassungsänderung	347
c) Die Finanzgewalt	348
d) Sonstige ständische Rechte.	349

Inhaltsverzeichnis

§ 21. Die Grundrechte im frühkonstitutionellen Staatsrecht	350
I. Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerrecht	351
II. Die Gleichheit vor dem Gesetz.	352
1. Gleichheitssatz und ständische Privilegierungen.	352
2. Gleichheitssatz und Gesellschaftsreform.	353
III. Die Freiheit der Person.	354
1. Der Vorbehalt des Gesetzes.	354
2. Die einzelnen personalen Freiheitsrechte.	354
IV. Glaubensfreiheit und Meinungsfreiheit.	356
1. Innere und äußere Meinungsfreiheit.	356
2. Der frühkonstitutionelle Schutz der Gewissens- und der Presse- freiheit.	357
V. Eigentumsfreiheit und Berufsfreiheit.	358
1. Die Garantie des Privateigentums.	359
2. Die Freiheit der Berufswahl.	360
§ 22. Die ersten süddeutschen Verfassungskämpfe.	360
I. Verfassungskämpfe in Bayern.	360
1. Das Ministerium Rechberg-Lerchenfeld.	360
2. Der bayerische Frühliberalismus.	362-
3. Konflikte um die Heeresverfassung.	364
a) Der Streit um den Fahneneid.	364
b) Der Streit um das Militärbudget.	367
4. Staatsdienst und parlamentarisches Mandat.	368
5. Der Thronwechsel von 1825 und das Ministerium Armanzperg.	369
II. Verfassungskämpfe in Baden.	372
1. Die badische Regierung.	372
2. Die badischen Kammern.	375
3. Der Streit um das Adelsedikkt.	377
4. Der badische Staatsstreichplan.	378
5. Das „Innsbrucker System“.	379
6. Die Verfassungsänderungen von 1825.	381
III. Verfassungskämpfe in Württemberg.	381
1. Die württembergische Regierung.	381
2. Die württembergischen Kammern.	383
3. Der Fall Friedrich List.	384
Kapitel V. Das deutsche Staatskirchenrecht im Frühkonstitutionalismus	387
§ 23. Das Grundverhältnis von Staat und Kirche im 19. Jahrhundert	387
I. Das Verhältnis von Staat und Kirche als Verfassungsproblem	387
1. Die Kernfrage des Staatskirchenrechts.	387
2. Die Typologie des Staatskirchenrechts.	389

Inhaltsverzeichnis

a) Die staatsverbundenen Kirchen	390
b) Die staatsfreien Kirchen	391
c) Übersicht	391
II. Grundsätze des konstitutionellen Staatskirchenrechts	392
1. Entwicklungs- und Beharrungstendenzen im Staatskirchenrecht	392
2. Das überlieferte Grundverhältnis von Staat und Kirche	393
3. Die kirchliche Autonomie	395
4. Die staatliche Kirchenhoheit	396
5. Der Grundsatz der Parität	397
6. Koordination oder Subordination	399
§ 24. Die katholische Kirche in Deutschland	400
I. Die Folgen der Säkularisation	401
1. Die Lage des Episkopats	401
2. Die Lage des Kirchenguts	403
3. Die Entweltlichung der Kirche	404
II. Die innere Lage des deutschen Katholizismus	404
1. Die nationalkirchliche Bewegung	404
2. Die katholische Erneuerung	406
III. Die deutsche Kirchenfrage auf dem Wiener Kongreß	409
1. Der Plan des Reichskonkordats	409
2. Wessenberg und Consalvi auf dem Wiener Kongreß	410
3. Die deutsche Bundesakte und das Staatskirchenrecht	412
4. Der endgültige Verzicht auf das Bundeskirchenrecht	415
§ 25. Die deutschen Staatskirchenverträge	416
I. Das Konkordatssystem	417
II. Das bayerische Konkordat von 1817	419
1. Der „bayerische Gallikanismus“	419
2. Die Konkordatsverhandlungen 1806/09	420
3. Der Abschluß des Konkordats	422
4. Der Inhalt des Konkordats	423
5. Das bayerische Religionsedikt	427
6. Die Tegernseer Erklärung	430
III. Die oberrheinische Kirchenprovinz	432
1. Der Streit um Wessenberg	432
2. Die Frankfurter Vereinsstaaten	433
3. Die Bulle Provida sollersque	437
4. Die Bulle Ad Dominici gregis custodiam	438
5. Das Breve Re sacra	440
6. Die landesherrlichen Verordnungen von 1830	441
IV. Die Neuordnung in Preußen	442
1. Die preußische Kirchenpolitik nach 1815	442
2. Die Bulle De salute animarum	444

Inhaltsverzeichnis

3. Das Breve Quod de fidelium	445
4. Die Fortgeltung des alten Staatskirchenrechts	448
V. Die Neuordnung in Hannover.	449
1. Die Bulle Impensa Romanorum Pontificum	449
2. Die kirchenhoheitlichen Majestätsrechte	450
§ 26. <i>Der Staat und die evangelische Union.</i>	450
I. Der deutsche Protestantismus am Beginn des 19. Jahrhunderts	451
1. Protestantismus und Bildungsreligion	451
2. Schleiermacher und die protestantische Erneuerung	452
3. Die protestantische Erweckungsbewegung	454
4. Die kirchlichen Parteien	456
5. Der Gegensatz der Konfessionen	456
II. Die Anfänge der altpreußischen Union	458
1. Die Unionsfrage und der Staat	458
2. Die Staatsreform und die Kirchenverfassung	459
3. Die Einsetzung der Provinzialkonsistorien und die Anfänge der Synodalverfassung	463
III. Der Kampf um die Union	464
1. Die Vereinigung der Bekenntnisse und das jus episcopale des Landesherrn	464
2. Die Kernfragen der Union	465
a) Die evangelische Bekenntniseinheit	466
b) Die Einheit der Liturgie	467
c) Die Einheit der Kirchenverfassung	470

C. Der Deutsche Bund (1815-1830)

Kapitel VI. Die Bundesgründung	475
§ 27. <i>Die Kernfrage der staatsrechtlichen Neuordnung Deutschlands</i>	475
1. Die deutsche Frage	476
II. Die Widersacher der nationalstaatlichen Lösung	477
1. Die deutsche Frage und die europäischen Mächte	477
2. Die deutsche Frage und Österreich	480
3. Die deutsche Frage und Preußen	481
4. Die deutsche Frage und die Rheinbundstaaten	482
III. Die denkbaren Formen der Neuordnung	482
1. Der nationale Einheitsstaat	482
2. Die Wiederherstellung des Reichs	483
3. Die bundesstaatliche Lösung	484
4. Die staatenbündische Lösung	486

Inhaltsverzeichnis

§ 28. Die Auflösung des Rheinbunds und die deutsche Zentralverwaltung	487
I. Der Zentralverwaltungsrat	487
1. Die Errichtung des Zentralverwaltungsrats.	487
2. Die Zuständigkeit des Zentralverwaltungsrats.	488
3. Die Tätigkeit des Zentralverwaltungsrats.	490
a) Mecklenburg	491
b) Sachsen	492
II. Der Beitritt der Rheinbundstaaten zur großen Allianz	493
1. Die Verträge von Ried, Fulda und Frankfurt	494
2. Die Restitution aufgehobener Einzelstaaten	497
3. Rheinbundstaaten ohne Bestandsgarantie.	498
III. Das Zentralverwaltungsdepartement	499
1. Die Errichtung des Zentralverwaltungsdepartements	499
2. Die Aufgaben des Zentralverwaltungsdepartements	501
3. Die Zuständigkeiten des Zentralverwaltungsdepartements in den der Koalition beigetretenen Staaten.	503
4. Die Sequestration der „herrenlosen“ Länder.	506
5. Die Stellung der Generalgouverneure.	508
§ 29. Die Bundes plane Steins, Humboldts und Hardenbergs.	510
I. Der Verfassungsplan Steins.	510
1. Die deutsche Einheit	510
a) Der Plan des Bundesstaats.	510
b) Der dualistische Plan (Doppelbund).	512
c) Der trialistische Plan (dreigliedriger Bund).	513
2. Die Zentralgewalt	514
3. Die Nationalrepräsentation.	515
4. Die Beschränkung der Landeshoheit.	517
II. Der Verfassungsplan Humboldts.	519
1. Das Nationalstaatsproblem.	519
2. Das Föderativproblem.	522
3. Das Hegemonialproblem.	523
4. Das Souveränitätsproblem.	525
III. Der Verfassungsplan Hardensbergs.	526
1. Die Bundesorganisation.	527
2. Die Bundesversammlung.	527
3. Die Bundeskompetenzen.	528
4. Bundeshoheit und Landeshoheit.	529
§ 30. Der Bundesplan Metternichs.	530
I. Metternich und die Restauration	531
1. Die Idee der Restauration.	531
2. Die Wegbereiter der Restauration.	534
II. Legitimität, Autorität, Stabilität	535
1. Das Legitimitätsprinzip.	535

Inhaltsverzeichnis

2. Das Autoritätsprinzip	536
3. Das Gleichgewichtsprinzip.	537
III. Metternich und der Staatenbund	538
1. Der Nationalstaat und das europäische Gleichgewicht	538
2. Der Nationalstaat und die europäische Revolution	538
3. Institutionelle oder indirekte Hegemonie	540
4. Kraft und Dauer des restaurativen Föderalismus	542
§ 31. Die deutsche Verfassungsfrage und der Wiener Kongreß	543
I. Die Doppelaufgabe des Wiener Kongresses.	543
II. Der Kampf um die Zwölf Artikel	545
1. Der österreichisch-preußische Entwurf.	545
2. Der bayerisch-württembergische Widerstand im „Deutschen Ausschuß“.	546
3. Die Note der Neunundzwanzig	549
4. Die Sprengung des „Deutschen Ausschusses“.	551
III. Der Fortgang des Kampfes um den Bundesvertrag	552
1. Der Wessenberg'sche Verfassungsplan	552
2. Der zweite Humboldt'sche Verfassungsplan.	552
3. Steins Kaiserplan.	553
4. Preußens Protest gegen den Kaiserplan	555
IV. Der Abschluß der Bundesakte.	556
1. Die Allianz- und Akzessionsverträge vom Frühjahr 1815	556
2. Der österreichisch-preußische Bundesvorschlag.	557
3. Die Deutschen Konferenzen	558
4. Die Unterzeichnung der Bundesakte.	560
V. Stein und Humboldt über die Bundesakte.	561
1. Steins Urteil über die Bundesverfassung	562
2. Humboldts Bundesdefinition.	562
§ 32. Die deutschen Gebietsfragen vom Wiener Kongreß bis zum Frankfurter Territorialrezeß.	564
I. Der Kampf um Sachsen und Polen.	564
1. Die sächsisch-polnische Frage	564
a) Sachsen	565
b) Polen.	567
2. Das Dreimächte-Bündnis gegen Rußland und Preußen	568
3. Die Teilung Sachsens und Polens.	571
4. Der Aufstand der sächsischen Armee.	572
II. Die übrigen Territorialveränderungen 1814/15.	576
1. Die Gebietsbestimmungen der Wiener Kongreßakte	576
2. Der Zweite Pariser Frieden.	579
III. Der Territorialrezeß von 1819.	579
1. Der Abschluß des Frankfurter Territorialrezesses	579
2. Der Inhalt des Frankfurter Territorialrezesses.	580

Inhaltsverzeichnis

Kapitel VII. Die Bundesverfassung	583
§ 33. Bundesmitglieder und Bundesorgane.	583
I. Die Mitgliedstaaten.	583
1. Die souveränen Fürsten und freien Städte Deutschlands	583
2. Österreich und Preußen im Bund.	585
3. Ausländische Herrscher im Bund.	587
4. Die Unauflöslichkeit des Bundes.	588
II. Die Bundesversammlung.	588
1. Engerer Rat und Plenum.	588
2. Die Plenarsachen.	590
3. Zweidrittelmehrheit und Einstimmigkeit	593
§ 34. Bundeszweck und Bundesgewalt.	594
I. Der Bundeszweck.	594
1. Bundessicherheit und Bundeswohlfahrt	594
2. Die innere Bundessicherheit	595
3. Die äußere Bundessicherheit.	596
4. Bundeszweck und Bundeskompetenz.	597
II. Die Bundesgesetzgebung.	598
1. Erlassene und vereinbarte Bundesgesetze.	598
2. Die Verkündung der Bundesgesetze.	600
3. Bundesrecht und Landesrecht	601
4. Deutsche Vertragsgesetze.	602
III. Die auswärtige Bundesgewalt.	603
1. Die doppelte Völkerrechtsfähigkeit Deutschlands	603
2. Das Gesandtschaftsrecht	605
3. Der Bundeskrieg.	606
IV. Die Bundesmilitärgewalt.	609
1. Die Kontingente des Bundesheeres.	610
2. Die Kommandogewalt über das Bundesheer.	612
3. Die Bundesfestungen.	614
V. Die Bundesgerichtsgewalt	616
1. Bundesgerichtsbarkeit in politischen Rechtskonflikten	616
2. Bundesgrundsätze über die Zivil- und Straferichtsbarkeit	616
§ 35. Die Gewähr der Bundesverfassung.	619
I. Begriff und Arten des Bundesverfassungsschutzes.	619
1. Situationsbedingte und strukturebedingte Verfassungsgefahren	619
2. Normative, justizielle und exekutive Mittel des Verfassungsschutzes.	620
II. Der justizielle Verfassungsschutz.	621
1. Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Gliedstaates	621
a) Bundesfrieden und Landesverfassungsstreit	621
b) Verfassungsgeridusbarkeit der Länder.	622
c) Bundesschiedsgerichtsbarkeit.	623

Inhaltsverzeichnis

2. Streitigkeiten zwischen Gliedstaaten	625
a) Vermittlungsverfahren und Austrägalverfahren	625
b) Rechts- und Interessenstreitigkeiten	628
3. Streitigkeiten zwischen Land und Bund	630
III. Der exekutive Verfassungsschutz	631
1. Die Bundesintervention	631
a) Voraussetzungen der Bundesintervention	631
b) Maßnahmen der Bundesintervention	632
c) Fälle der Bundesintervention	633
2. Die Bundesexekution	634
a) Voraussetzungen der Bundesexekution	634
b) Maßnahmen der Bundesexekution	636
c) Formstrenge und formlose Bundesexekution	638
d) Fälle der Bundesexekution	639
\$ 36. Bundesverfassung und Landesverfassungen	640
I. Die landständischen Verfassungen	640
1. Grenzen der Verfassungsautonomie der Länder	640
2. Landstände und Repräsentativverfassung	641
3. Die Unterscheidung von landständischen und Repräsentativverfassungen	643
a) Der Gentz'sche Angriff auf das Repräsentativprinzip	643
b) Die Unhaltbarkeit der Gentz'schen Auslegung des Art. 13 der Bundesakte	644
c) Der Verzicht auf die authentische Interpretation des Art. 13 der Bundesakte	645
II. Die Wiener Schlußakte und die Landesverfassungen	646
1. Die Wiener Konferenzen und das Ordnungsprinzip	646
2. Die Pflicht zum Erlaß einer landständischen Verfassung	646
3. Die Änderung landständischer Verfassungen	647
4. Die Garantie landständischer Verfassungen	649
III. Das monarchische Prinzip	651
1. Monarchisches Prinzip und Gewaltenteilung	652
2. Monarchisches Prinzip und Souveränität	654
IV. Übersicht über die landständischen Verfassungen 1814—48	656
\$ 37. Die Rechtsnatur des Deutschen Bundes	658
I. Das Wesen des Bundes	658
1. Föderalismus und föderativer Staat	658
2. Bundesvertrag und Bundesverfassung	661
II. Staatenbund und Bundesstaat	663
1. Völkerrechtliche und staatsrechtliche Bundesverhältnisse	663
2. Die Souveränität in Staatenbund und Bundesstaat	666
3. Föderative und unitarische Bundesorgane	669
III. Föderalismus und Hegemonie	670
1. Gleichgewichtiger und hegemonialer Föderalismus	670

Inhaltsverzeichnis

2. Föderalismus und Dualismus.	671
3. Föderalismus und Trialismus.	671
4. Rechtsgleichheit und Hegemonie.	673
Kapitel VIII. Der Deutsche Bund und die europäische Ordnung	675
§ 38. <i>Der Streit um die europäische Garantie der Bundesakte</i>	675
I. Bundesakte und Kongreßakte.	675
1. Die Formen des Garantierechts.	675
2. Garantierecht und Interventionsrecht.	677
II. Die Garantiefrage auf dem Wiener Kongreß.	679
1. Die Frage der Integritätsgarantie.	679
2. Garantieklausel oder Anerkennungsklausel.	680
3. Garantierecht und Quadrupelallianz.	682
III. Konflikte aus dem angeblichen Garantierecht.	683
1. Das Garantierecht und das Gesandtschaftsrecht.	683
2. Das Garantierecht und die Karlsbader Beschlüsse.	684
3. Das Garantierecht und die „Sechs Artikel“.	685
4. Das Garantierecht und der „Frankfurter Wachensturm“.	686
§ 39. <i>Deutschland und die Heilige Allianz.</i>	687
I. Die Gründung der Heiligen Allianz.	688
II. Der Inhalt des Allianzvertrags.	690
III. Die Wirkungsmacht der Heiligen Allianz.	691
1. Die Heilige Allianz und das Vier- oder Fünf mäch te-Bündnis .	691
a) Die Quadrupelallianz.	692
b) Die Pentarchie.	693
2. Die europäischen Kongresse und die deutschen Angelegenheiten .	694
a) Der Kongreß von Aachen.	694
b) Die Kongresse von Troppau, Laibach und Verona	695
Kapitel IX. Der Deutsche Bund und die deutsche Nationalbewegung	696
§ 40. <i>Turnerschaft und Burschenschaft.</i>	696
I. Der deutsche Radikalismus nach 1815.	697
1. Nationalismus und Radikalismus.	697
2. Die Bünde der radikalen Bewegung	700
a) Der Tugendbund.	702
b) Die Deutschen Gesellschaften und der Hoffmann'sche Bund .	703
II. Das Turnwesen.	704
III. Die Burschenschaft.	705
1. Landsmannschaften und Orden.	705
2. Der burschenschaftliche Gedanke.	706
3. Die Gründung der Burschenschaft.	708
4. Studentenstaat und Nationalstaatsidee.	710

Inhaltsverzeichnis

IV. Überzeugung, Überzeugungstreue, Überzeugungstat	711
1. Zum Begriff der Überzeugung	711
2. Die Fries'sche Metaphysik der Überzeugung	713
3. Überzeugungstreue und Überzeugungstat	715
§ 41. <i>Das Wartburgfest und seine Folgen.</i>	717
I. Kundgebungen und öffentliche Meinung	717
II. Das Wartburgfest	718
III. Die Radikalisierung der Burschenschaft	722
1. Die „Grundsätze der Wartburgfeier“.	722
2. Die Gründung der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft	722
3. Die radikalen Gruppen der Burschenschaft	723
a) Die „Altdeutschen“.	723
b) Die „Unbedingten“.	724
IV. Die Universitätsfrage auf dem Aachener Kongreß.	725
V. Das Sand'sche Attentat	727
1. Der Mannheimer Anschlag	727
2. Politischer Mord und Überzeugungstat	729
3. Die Bedeutung der Follen'schen Gruppe im deutschen Radikalismus	731
§ 42. <i>Die Karlsbader Beschlüsse.</i>	732
I. Vorbereitung und Inkraftsetzung der Bundesbeschlüsse von 1819	732
1. Vorbereitende Anträge und Denkschriften	732
2. Die Karlsbader Konferenzen und die Sanktion ihrer Beschlüsse durch den Bundestag	734
II. Der Kampf um den Vollzug der Bundesbeschlüsse von 1819	735
1. Die Auseinandersetzung über die Karlsbader Beschlüsse	735
2. Die Publikation der Karlsbader Beschlüsse in Preußen und Bayern	737
§ 43. <i>Der Inhalt und der Vollzug der Ausnahmegesetze von 1819</i>	739
I. Die vier Bundesgesetze.	739
1. Das Universitätsgesetz.	739
2. Das Pressegesetz.	742
3. Das Untersuchungsgesetz.	746
4. Die Exekutionsordnung	749
II. Die preußischen Vollzugs-Verordnungen zu den Karlsbader Beschlüssen	749
1. Die preußische Zensur-Verordnung	749
2. Die preußischen Universitäts-Verordnungen	750
a) Die außerordentlichen Regierungsbevollmächtigten	750
b) Die akademische Disziplinargewalt	751
c) Die Verfolgung der studentischen Verbindungen	752
§ 44. <i>Die Fortbildung des Bundesrechts 1820—30.</i>	753
I. Die Wiener Schlußakte.	753

Inhaltsverzeichnis

II. Die deutsche Trias.	754
1. Das „Manuskript aus Süddeutschland“.	754
2. Die „Eputation“ des Bundestags.	756
III. Die Bundespolitik der zwanziger Jahre.	758
1. Die Beschwerden der westfälischen Domänenkäufer	758
a) Der Ursprung des Domänenstreits.	759
b) Der Bundestag und der Domänenstreit	761
c) Justizverweigerung und Domänenstreit	763
2. Der Bundestag und die Meinungsfreiheit.	763
3. Die Verlängerung der Karlsbader Beschlüsse.	765
 EXKURS 	
§ 45. Die Herrschaft Kniphausen und der bentincksche Streit	766
I. Das aldenburgisch-bentincksche Familienfideikommiß	767
1. Die Herrschaften Kniphausen und Varel im 17. und 18. Jahrhundert	767
2. Die Souveränität über Kniphausen und Varel 1807—14	769
II. Der oldenburgisch-bentincksche Streit um Kniphausen	771
1. Die Sequestration der bentinckschen Besitzungen	771
2. Die bentincksche Frage auf dem Wiener Kongreß	772
3. Das Berliner Abkommen vom 8. Juni 1825.	773
III. Der bentincksche Erbfolgestreit	776
1. Der bentincksche Sukzessionsprozeß und das Urteil der Jenenser Juristenfakultät von 1842.	776
2. Das Eingreifen des Bundestags in die bentincksche Sache	778
a) Der Bundesbeschluß vom 12. Juni 1845.	778
b) Art. 14 der Bundesakte und der Bundesbeschluß vom 12. Juni 1845.	779
c) Die Unabhängigkeit der Rechtspflege und der Bundes- beschluß vom 12. Juni 1845.	781
3. Der Machtspruch des Reichsverwesers vom 8. November 1849	784
4. Der Vergleich von 1854 und das Ende des besonderen Landes Kniphausen.	785
 Kapitel X. Der Deutsche Bund und die Vorzeit des Zollvereins	 787
§ 46. Wirtschaftseinheit und Nationaleinheit	787
I. Die industrielle Revolution.	787
II. Wirtschaftsmacht und Staatsmacht	789
III. Die Frage der deutschen Zolleinheit	791
1. Der Artikel 19 der Bundesakte.	791
2. Freihandel oder Protektionismus.	793
3. Der Gedanke des Zoll-Sonderbundes	794

Inhaltsverzeichnis

\$ 47. Die preußische Zollpolitik und die deutsche Handelseinheit	796
I. Die Auswirkungen des preußischen Zollgesetzes von 1818	796
1. Die Wirkungen des Zollgesetzes auf die Nachbarländer	796
2. Die Opposition gegen das preußische Zollgesetz	797
3. Die Anfänge der preußischen Zollanschluß-Verträge	799
a) Das Enklavensystem	799
b) Der erste Zollanschluß-Vertrag	801
c) Der Ausbruch des preußisch-anhaltischen Zollstreits	801
II. Der Kampf um das preußische Zollsystem	802
1. Die Zollfrage auf den Wiener Konferenzen von 1820	802
a) Die Wiener Zolldebatte	803
b) Lists Bundeszollplan	804
2. Die Schiffahrtskonferenzen	805
a) Schiffahrtsfreiheit und Handelsfreiheit	806
b) Die Elbschiffahrtsakte	807
c) Die Weserschiffahrtsakte	808
3. Der Fortgang des preußisch-anhaltischen Zollkonflikts	808
a) Der Friedheim'sdie Streit	809
b) Der Schleichhandel als „Retorsion“.	809
\$ 48. Der Sieg der preußischen Handelspolitik	810
I. Die Zollpolitik des „dritten Deutschland“	810
1. Der Wiener Zollvertrag vom 19. Mai 1820	810
2. Die Darmstädter und die Stuttgarter Zollkonferenzen	811
II. Die preußische Zollpolitik unter Motz	812
1. Das Motz'sche System.	812
2. Die preußisch-anhaltischen Zollverträge 1826—28	813
3. Der preußisch-hessische und der bayerisch-württembergische Zollverein 1828.	814
4. Der mitteldeutsche Handelsverein 1828.	817
5. Der preußisch-süddeutsche Handelsvertrag 1829	817